Absahnen — aber richtig

Bankräuber — vor allem die Profis, also die Berufsverbrecher unter ihnen — sind manchmal recht erfolgreich. Aber sie sind trotzdem weit davon entfernt, richtige Erfolgsmenschen zu sein, denn irgendwann einmal werden sie ja doch



Falsch:

erwischt, und dann dunsten sie womöglich 15 Jahre lang in Stein an der Donau.

Richtige Erfolgsmenschen dagegen sitzen nicht im Häfen.

Erfolgsmenschen ziehen sich kein Halstuch vors Gesicht und drücken den Kassieren nicht den Revolverlauf in den Bauch. Sie sitzen in Büros und Amtsstuben und drücken auf Knöpfe. Sie gehen kein Risiko ein. Sie vergreifen sich nicht an den heiligen Bank-Kühen ihrer Gesellschaftsordnung, sondern widmen sich der legalen Ausbeutung; zum Beispiel als Lebensmittelgroßhändler.

Jeder Österreicher — auch wir beide, lieber Leser, Sie und ich — zahlt nämlich bei fast allen vorgepackten Waren drauf. Und zwar nicht nur, weil der Profit des Unternehmers sowieso schon überhöht ist. Diesen Profit meine ich jetzt gar nicht. Ich meine vielmehr jene Spende, die wir für jedes eingekaufte Packerl extra zahlen. Eine Spende für Waren, die wir gar nicht bekommen haben, weil sie in den tiefen Taschen des Großhändlers hängengeblieben ist. Ein Schmattes für den Onkel Unternehmer sozusagen.

Machen Sie die Probe aufs Exempel, werter Leser. Kaufen Sie eine Kilopackung Mehl und stellen Sie sie auf die Waage, so wie es unlängst ein mißtrauischer Mann gemacht hat.

Der Mann erfuhr Erstaunliches. Schon auf der Packung fand er den kleingedruckten Vermerk: Abfüllgewicht 985 Gramm. Das heißt, daß hier hochoffiziell irgend jemand die internationale Gewichtseinheit Kilogramm in Österreich um 15 Gramm abgewertet hat. Doch nicht genug damit.

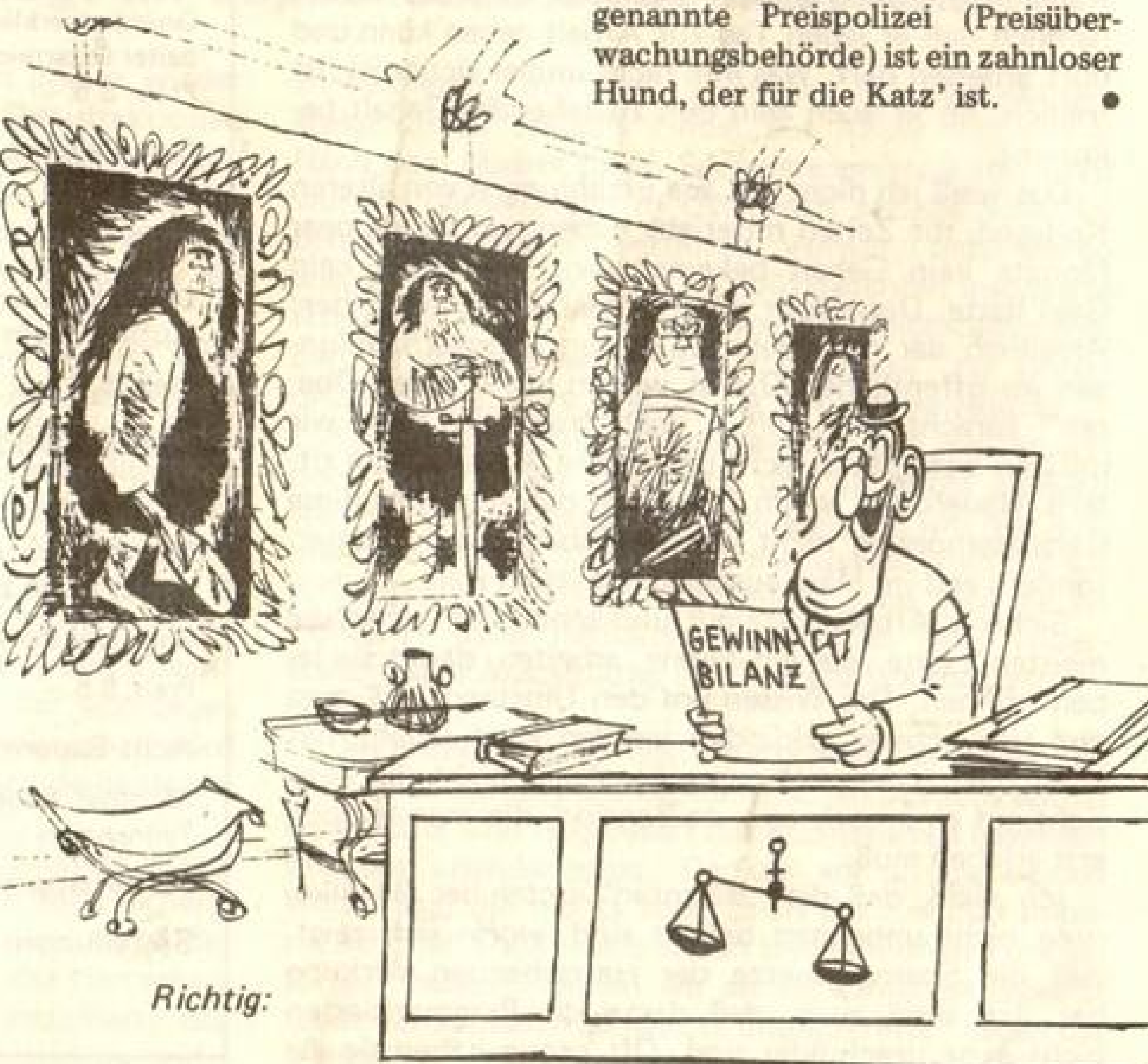
Tatsächlich wog das Mehl nur 960 Gramm einschließlich fünf Gramm Verpackung. Was wiederum heißt, daß jeder Käufer einer Kilopackung von vornherein 45 Gramm Mehl in den Rauchfang schreiben kann.

Unser Mann — jetzt außer mißtrauisch auch schon leicht nervös — stellte daraufhin ein Kilosackerl Zucker auf die Waage. Angegebenes Füllgewicht: 989 Gramm. Tatsächliches Gewicht: 980 Gramm samt Verpackung. Ein Halbkilopackerl Salz und Reis wogen nur je 480 Gramm samt Verpackung.

Ein regimetreuer und demnach unternehmerfreundlicher Funktionär würde dem Mann nun wohl sagen: „Sind S' net so kleinlich. Was regen S' Ihner auf wegen die paar Gramm?"

Sie sind aber aufregend, die paar Gramm. Denn wenn wir einen Durchschnitts-Kilopreis fürs Mehl von 8 Schilling rechnen (meistens ist es sogar teurer), dann kämen uns die tatsächlich eingewogenen 955 Gramm auf 764 Groschen. Wir zahlen jedoch 800, also 36 Groschen zuviel. Das ist der Extraprofit für unsern Freund, den Sozialpartner.

Beim Kilo Kristallzucker sind's etwa 22, beim Kilo Tafelsalz etwa 40 und beim Kilo Reis etwa 60 Groschen zuviel. Das läppert sich zusammen. Angesichts der vielen Tonnen paketierter Lebensmittel, die Woche für Woche gekauft werden, läßt sich erkennen, daß die Unternehmer mit diesem heimlichen Griff in unsere Geldbörsen so manche fette Extramillion kassieren. Viel mehr also, als der erfolgreichste Bankräuber in seiner Aktentasche fortschleppen kann. Und noch dazu legal, denn die sogenannte Preispolizei (Preisüberwachungsbehörde) ist ein zahnloser Hund, der für die Katz' ist. •



Richtig:

„Für die Volksmacht." Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treill; alle 1200 Wien, Universumstraße 40/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,–

Nummer 136, Dezember 1977

Verschleyerungstaktik

Hier soll nicht die Rede davon sein, daß der „Fall Schleyer" einen Nebelschleier vor die Hirne der Werktätigen legen soll, damit diese psychologisch auf den faschistischen Terror vorbereitet werden, der sie zum widerspruchslosen Strammstehen vor den Generaldirektoren in der Fabrik und vor den Generälen an der Front eines dritten Weltkrieges zwingen wird. Nein, nicht von der „Terrorszene", sondern von der Ausbeutungsszene soll hier die Rede sein.

*

Wenn seit nunmehr ungefähr zwei Monaten der Name „Schleyer" tausendmal, ja hunderttausendmal durch die „Massenmedien" („Medium" heißt „Mittel"; „Massenmedien" sind die Mittel zur Beeinflussung der werktätigen Menschen durch Zeitungen, Radio und Fernsehen) in die Hirne der Leser, Hörer und Zuschauer gehämmert wurde, so stets mit der Bezeichnung „Arbeitgeber-Präsident" zusammen. Das soll Millionen von arbeitenden Menschen millionenfach eintrichtern, daß die Großindustriellen, Großbankiers und Spitzenmanager der öffentlich verwalteten Großunternehmen — daß sie alle „uns Arbeit und Brot geben", daß wir und unsere Familien erwerbslos wären und hungern müßten, falls es nicht jene gottbegnadeten „Wohltäter" der Werktätigen gäbe. Damit wird aber die Grundtatsache unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung verschleyert, pardon: verschleiert, daß die einen ihr Lebtag lang nur sich mühen und rackern, um das unter den gegebenen geschichtlichen-geographischen Umständen Notwendige für sich und ihre Familie zu erarbeiten, während die anderen (ein winziges Häuflein, zahlenmäßig betrachtet) die Produkte der Arbeit sich aneignen und aus der unbezahlten Arbeitszeit Profit ziehen.



Wirtschaftsprognose '78: Zufriedene Sozialpartner

Die grausame Lüge vom „gütigen Arbeitgeber" und „gnädigen Brotherren" war schon im 19. Jahrhundert restlos entlarvt worden. Als Friedrich Engels aufzeigte, daß doch der Arbeiter es ist, der die Arbeit „gibt", während sie der Kapitalist „nimmt", d. h. in sein Produkt verwandelt und daraus seinen Profit schöpft, waren sich alle klassenbewußten (der marxistischen Sozialdemokratie anhängenden) Arbeiter dessen bewußt, daß hier die Begriffe einfach vertauscht wurden, um die wahren Produktionsverhältnisse Kapitalist - Lohnarbeiter, Bourgeois - Proletarier zu verschleiern. Vor kurzem hat ein Artikel in der Monatsschrift des ÖGB und der Arbeiterkammer „Arbeit und Wirtschaft" auf diese vermaledeite Begriffsverwechslung — mit Recht — aufmerksam gemacht. Doch jetzt geistert wiederum, wie wir sahen, der „Arbeitgeber"-Präsident durch die (von den Werktätigen) unabhängigen „Medien" ...

*

Was steckt dahinter, muß sich ein nachdenklicher Arbeiter fragen.

1. Die herrschende Kapitalistenklasse schürt seit drei Jahren die Angst vor Arbeitslosigkeit, um die arbeitenden Menschen für alle Benachteiligungen bei den Lohnrunden, durch Preis- und Gebührenerhöhungen sowie infolge der immer ungerechter werdenden Lohnsteuer damit zu trösten, daß sie ja doch „ihren Arbeitsplatz erhalten" würden. Daraus folgt die erste „Lehre" für Proletarier (also für jene, die nichts haben außer ihrer Arbeitskraft, die sie an die privaten und staatlichen Kapitalisten verkaufen müssen): kusch, damit du barabern darfst!

2. Die führenden Monopolkapitalisten Österreichs haben zur „Sanierung" ihres Textilimperiums im Osten der Republik verlangt, daß der Staat dazu einen Hunderte Millionen Schilling betragenden Beitrag leiste; ansonsten würden „Hunderte von Arbeitsplätzen" verlorengehen — was trotz dieser riesigen Geldspritze dennoch auch geschehen ist. Die Lehre für die Arbeitenden: Zahlt mehr Steuern für eure Ausbeutungsplätze!

3. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß ein Teil der infolge der geplanten Stillegung des Braunkohlenbergwerks Fohnsdorf arbeitslos werdenden Kumpel von der Firma „Eumig" (deren Inhaber seit eh und je von der SP-Regierung als besonders „soziale" Unternehmer gepriesen werden) beschäftigt werden würde. Und zwar in Zulieferbetrieben, die mit Hilfe von 300 Millionen Steuergeldern (abgesehen vom gratis zur Verfügung ge-

stellten Grund!) errichtet werden würden. Die Lehre für die betroffenen Arbeiter: Ihr selbst müßt dafür zahlen, daß ihr irgendwo – bei Verlust so mancher erworbener Rechte – wieder „ankommen" könnt, selbst wenn ihr dann weniger verdienen solltet als bisher.

4. Und jetzt, da wir erfahren, daß unsere Währungsreserven dahinschwinden, unter anderem wegen der Autoeinkäufe in Westdeutschland, tröstet man uns (abgesehen vom an und für sich bedenklichen und praktisch noch immer in Zweifel gestellten „Austro-Porsche-Projekt") damit, daß gewisse amerikanische und französische Firmen eventuell bereit wären, „Zulieferbetriebe" in Österreich zu errichten. Doch würde das, wie wir weiter hören, bedeuten, daß der österreichische Staat zum Beispiel 300 Millionen Schilling vorstrecken müßte, damit 200 Arbeiter Beschäftigung fänden. Also die Lehre für die arbeitenden Menschen unseres Landes: Wenn du im bisher bei uns herrschenden kapitalistischen System nicht arbeitslos sein, sondern weiterhin ausgebeutet werden willst, mußt du mit deinen Steuern anderthalb Millionen pro Arbeits- (d. h. Ausbeutungs-) platz auf den Tisch legen.

5. Eine so infame Ausbeutung der arbeitenden Menschen hat es in unserer Heimat noch nie gegeben! Herr Josef Taus wagt es, offiziell im Namen der ÖVP zu verlangen, daß der Staat (also die arbeitenden Menschen, denn die Unternehmer zahlen ohnedies kaum Steuern, lassen sich sogar die Steuerverweigerung von Bischöfen heiligen und finden immer wieder neue Schlupfwinkel für Steuerhinterziehung) für jeden Arbeits- (ist „Ausbeutungs)platz und jede Lehrstelle den Unternehmern Geldprämien geben müsse. Das war sogar dem Regierungschef von Gnaden des Kapitals, Herrn Dr. Bruno Kreisky, zuviel. „Soll denn der Staat auch noch für jeden eingestellten Arbeiter und für jede Lehrlingsstelle den privaten Unternehmern zahlen?" fragt er.

Und das ist die Kardinalfrage, die sich nach all diesen Beispielen für die Arbeiterschaft ergibt: Wie lange werden wir es noch dulden, daß sich die privaten und bürokratischen Kapitalisten an unserem Schweiß mästen? Können wir nicht selbst, d. h. ohne und gegen sie den Staat und die Wirtschaft in die eigenen Hände nehmen? ●



60 Jahre Oktoberrevolution

Der Sieg der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen Rußlands

Kein Ereignis unseres Jahrhunderts hatte einen so nachhaltigen Einfluß wie die russische Oktoberrevolution. Anfang November 1917 ergriff die Arbeiterschaft unter der Führung der Partei Lenins die Staatsmacht. Arbeitende Menschen beugten sich nicht länger der Knechtung und Ausbeutung durch Kapitalisten und Gutsherren, sie ließen sich nicht mehr länger als willenloses Kanonenfutter in einem imperialistischen Raubkrieg hinschlachten, sondern nahmen ihr Schicksal in die eigenen Hände.

Diese Oktoberrevolution war kein bloß nationales, russisches Ereignis, sie war von internationaler Bedeutung. In der ganzen Welt schlugen die Herzen der Unterdrückten und Entrechteten für jenes gewaltige Experiment, das die Oktoberrevolution begonnen hatte: Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Maxime aller bisherigen Gesellschaftsordnungen, sollte ein für allemal beseitigt werden. Ziel war die klassenlose Gesellschaft, in der der Mensch erst zum Menschen werden kann.

Der Sieg der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen Rußlands vom November 1917 war der Beginn der Befreiung der werktätigen Menschheit von den Fesseln jahrtausendealter Unterdrückung. Das Zeitalter der Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft hatte begonnen. Der alten Ausbeutergesellschaft mit ihrer Diktatur einer Minderheit wurde eine völlig neue Staatsform, die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der überwältigenden Mehrheit der arbeitenden Menschen gegenübergestellt.

Jahrzehnte hindurch war die Sowjetunion Lenins und Stalins das feste Hinterland der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen unterdrückter Nationen. Groß waren die Opfer, welche die sowjetischen Völker für die Verteidigung ihrer sozialistischen Heimat gegen den Faschismus brachten. Die Veränderungen im weltpolitischen Maßstab, die dem Sieg über Hitler-Deutschland folgten, waren grundlegend: eine Reihe von Ländern befreite sich von kapitalistischer Unterdrückung und schlug den sozialistischen Weg ein. Der Sieg der chinesischen Revolution von 1949, die in ihrer Bedeutung der Oktoberrevolution gleichkommt, hat das Kräfteverhältnis in der Welt entscheidend zugunsten des Sozialismus gewandelt.

Zu ihrem 60. Jahrestag wurde viel über die Oktoberrevolution geschrieben und geredet. Was ist das aber für eine Situation, in die dieser Jahrestag des Roten Oktober fällt?

Der rote Stern im Kreml ist seit mehr als zwei Jahrzehnten erloschen, seit in den fünfziger Jahren Bonzen und Bürokraten die Diktatur des Proletariats in ihr Gegenteil verkehrten, in die Gewaltherrschaft einer Bourgeoisie neuen Typs. In eine Gesellschaft, die geprägt ist vom Egoismus einer ausbeuterischen Bürokratenkaste, vom Profit- und Machtstreben nicht nur gegenüber dem eigenen Volk, sondern auch gegenüber anderen Völkern.

Auch in China, wo Mao Tsetung selbst das Signal zur beispiellosen Massenmobilisierung der Kulturrevolution gegeben hat, um eine Entwicklung wie in Rußland zu verhindern, hat das Proletariat durch den Staatsstreich Hua Guo-fengs und Deng Hsiao-pings eine zeitweilige Niederlage erlitten.

Die kapitalistischen Machthaber aller Länder verbuchen diese Ereignisse als Erfolg. Und ihre Soldschreiber verweisen zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution auf die Entwicklung in Rußland und auch in China, um uns zu suggerieren, daß berechtigte Rebellion arbeitender Menschen zu nichts führt und sich nicht „auszahlt".

In Jahrtausenden beständigen Kampfes hat sich die Menschheit in ihr heutiges Stadium entwickelt. Vor den Menschen steht die Frage, ob sie im Zeitalter des Imperialismus wegen der Macht- und Profitgier einer Handvoll schrankenloser Ausbeuter in die Barbarei zurückfallen müssen oder ob sie den Weg in eine menschenwürdige, in der Tat glanzvolle Zukunft einschlagen. Einen Weg einschlagen, den Karl Marx aus der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Menschheit im wissenschaftlichen Sozialismus analysiert und vorgezeichnet hat.

Wenn auch die kapitalistischen Machthaber ein Heer von „Ideologen" aufmarschieren lassen, um zu beweisen, daß der wissenschaftliche Sozialismus keine Zukunftsperspektiven habe: die unterdrückten Volksmassen der ganzen Erde haben ihre Antwort auf die Frage, wie der Weg in die Zukunft führt, bereits gegeben. Sie haben diese Antwort gegeben in den zahlreichen Revolutionen und Befreiungskämpfen, die der Oktoberrevolution gefolgt sind und die auch heute vor sich gehen. Sie werden diese Antwort auch in Zukunft geben: Sie eignen sich den Marxismus an und beschreiten den Weg der Rebellion. Unauslöschlich hat diesen Weg die russische Oktoberrevolution eingeleitet.

Es gibt keinen Fortschritt ohne die Erfahrungen des Rückschritts. Die Tatsache, daß in der Sowjetunion und in der VR China bürokratisch-kapitalistische Machthaber die revolutionäre Entwicklung in diesen Ländern vorübergehend aufhalten konnten, hat jene Erfahrungen gebracht, aus denen immer neue Generationen revolutionärer Kämpfer schöpfen. Indem Mao Tsetung die Wurzeln einer solchen Entwicklung herausarbeitete, bereicherte er den Marxismus um jene Waffe, deren Anwendung die Wiederherstellung des Kapitalismus nach der Errichtung der Volksmacht verhindert.

Aus unserer Praxis in Österreich wissen wir revolutionären Arbeiter, daß gerade diese Erkenntnisse Mao-Tsetungs für die österreichische Arbeiterschaft von ganz entscheidender Bedeutung sind. Denn was sagen uns unsere Klassenbrüder, wenn wir mit ihnen über die Notwendigkeit des Klassenkampfes bis hin zur Revolution sprechen? Sie sagen: „Wie oft haben wir gekämpft, und letzten Endes haben sich oben immer nur neue Bonzen festgesetzt. Und das wird immer so sein."



Mao Tsetung gibt uns heute die Antwort, wieso es dazu kommen konnte. Daß auch Arbeiterführer sich zu kapitalistischen Klassenfeinden entwickeln können – das meint Mao Tsetung, wenn er darauf hinweist, daß die Bourgeoisie mitten in der Arbeiterpartei sitzt. Daß solche verbürgerlichten Arbeiterführer, wenn sie die Macht in der Arbeiterpartei an sich gerissen haben, arbeiterfeindliche Politik betreiben, dann aber eben gestürzt werden müssen – das meint Mao Tsetung mit „Rebellion ist berechtigt" und „Die Arbeiterklasse muß in allem die Führung innehaben!"

Und mit diesen Worten drückt Mao Tsetung eine Notwendigkeit aus, die für Österreich gilt. Denn gerade jetzt erleben wir, wie die SP-Regierung – eine Regierung von „Arbeiterführern" aus der „Arbeiterpartei" – eine Politik ausschließlich im Interesse der Ausbeuterklasse betreibt. Angesichts der in unserem Land durchgeführten arbeiterfeindlichen Politik: Wäre es nicht schon höchste Zeit in Österreich, diese Worte Mao Tsetungs in die Praxis umzusetzen? ●

Die Pekinger Führer fälschen den Marxismus

Die Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts endeten mit der Machtergreifung der Bourgeoisie. Kaum war der Adel von der Macht verdrängt, da war es auch schon wieder aus mit dem revolutionären Geist der Bourgeoisie. Dem Bürger gefiel die Revolution nur solange, als sie ihm in den Sattel half. Er würgte sie in dem Augenblick ab, als er sah, daß die Arbeiter damit begannen, nicht nur die feudale, sondern jede Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen radikal in Frage zu stellen.

Im Gegensatz zum Kapitalisten lebt der Arbeiter nicht von der Ausbeutung, sondern wird selbst ausgebeutet. Die proletarischen Revolutionen unserer Zeit haben sich daher stets die Abschaffung der Ausbeutung selbst zum Ziel gesetzt, ganz gleich unter welchen Formen sie sich auch verbirgt. Die bisherigen Revolutionen haben nur eine Form der Ausbeutung durch eine andere ersetzt, die Arbeiterrevolution will die Ausbeutung überhaupt abschaffen.

Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt es aber seit Jahrtausenden. Diese jahrtausendealte Geschichte der Ausbeutung prägt jede heutige Gesellschaft ökonomisch, politisch und ideologisch. In welchem Land auch immer die Arbeiter die Kapitalisten stürzen und die Volksmacht errichten, überall werden sie vor der gewaltigen Aufgabe stehen, mit dem Erbe von Ausbeutergesellschaften fertigwerden zu müssen. Der Kampf gegen dieses unselige Erbe ist die Hauptaufgabe im Sozialismus. „Dieser Sozialismus" – schrieb Marx – „ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen."

Wer nicht vorwärtsgeht, geht zurück

Um also beurteilen zu können, ob ein Land den sozialistischen Weg geht oder nicht, muß man untersuchen, ob die Revolution weitergeführt wird oder nicht, ob die Klassenunterschiede abgeschafft werden oder nicht, ob die alten Produktionsverhältnisse (wenige verfügen im Interesse einer Minderheit über die Produktion) durch neue Produktionsverhältnisse (viele organisieren die Produktion im Auftrag und entsprechend den Bedürfnissen der Massen) ersetzt werden oder nicht. Man muß weiters untersuchen, ob die den alten ausbeuterischen Produktionsverhältnissen entsprechenden gesellschaftlichen Beziehungen (Verteilung nach der Leistung statt nach den Bedürfnissen, Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit etc.) allmählich verändert werden oder nicht. Und man muß schließlich untersuchen, ob die der Ausbeutergesellschaft entsprechenden alten Ideen (z. B. die Unterordnung der körperlich arbeitenden Menschen unter die geistig arbeitenden, die Unterordnung der Frau unter den Mann etc.) bekämpft werden oder nicht.

Wir wissen (und haben es in der „Volksmacht" belegt), daß heute in der Volksrepublik China die neuen Machthaber mit allen Mitteln gegen die Weiterführung der sozialistischen Revolution auftreten. Es sind im China von heute nicht mehr die Arbeiter, die über die Produktion im Interesse des Volkes bestimmen, sondern eine Handvoll Bürokraten, die in ihrem Interesse festlegen, was, wie und wieviel produziert werden soll. Das Leitungsprinzip wird nicht eingeschränkt, sondern verfestigt und durch die Einführung von Prämiensystemen ausgedehnt. Der Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit wird nicht schrittweise aufgehoben, sondern ausgedehnt. Die Jugendlichen mit Mittelschulbildung werden nicht mehr aufs Land geschickt, um sich gemeinsam mit den armen Bauern umzuerziehen, sondern sie werden nach einem Leistungsprinzip, das die Kinder der Arbeiter und Bauern benachteiligt, ausgesondert und in stickige Hörsäle gepreßt. Die alten Ausbeuterideen werden wieder hervorgeholt: nicht der marxistische Grundsatz „Rebellion ist berechtigt!", sondern der faschistische Leitspruch „Führer befiehl, wir gehorchen!" (auf chinesisch: „den Führer unserer Partei lieben, unterstützen und verteidigen!" „Peking Rundschau" Nr. 45/76) kennzeichnet das Verhältnis der neuen Führer zu den Massen. Die Machthaber um Deng Hsiao-ping und Hua Guo-feng nennen sich „Kommunisten". Aber sie haben mit dem Kommunismus so wenig zu tun wie Hitler, der sich „Nationalsozialist" nannte, etwa national oder sozialistisch war.

Die Bourgeoisie sitzt mitten in der Partei

Wie konnte es in China, dessen Werktätige über mehr revolutionäre Erfahrungen verfügen als die irgendeines Landes der Welt, zu einer solchen Entwicklung kommen? Wie konnten in der größten und erfahrensten marxistischen Arbeiterpartei der Welt Bonzen an die Macht kommen, die sich offen gegen die Arbeiter und Bauern stellen?

Die revolutionären Arbeiter Österreichs haben es selbst erlebt, wie ihre revolutionäre sozialdemokratische Partei ihr Wesen geändert hat. Aus ihren Reihen sind Führer entstanden, die sich über die Arbeiter erhoben haben und eine Politik einschlugen, die sich gegen das Volk richtete und richtet. Mao Tsetung hat für die Kommunistische Partei Chinas genau analysiert, wie aus Genossen Feinde, aus proletarischen Revolutionären bürgerliche Machthaber werden: „Nach der demokratischen Revolution sind die Arbeiter, armen Bauern und unteren Mittelbauern nicht stehengeblieben, sie wollen die Revolution. Aber ein Teil der Parteimitglieder will nicht weiter vorwärts. Manche sind zurückgewichen und gegen die Revolution aufgetreten. Warum? Weil sie hohe Beamte geworden sind und die Interessen der hohen Beamten schützen wollen." Bei Deng, Hua und der sie unterstützenden Clique handelt es sich gerade um solche Leute. Sie waren solange für die Revolution, als sie sich gegen die alten Machthaber richtete. Sie treten gegen die Revolution auf, weil sie nun selbst an der Macht sind und ihre Privilegien behalten und vergrößern wollen. Die Kompliziertheit des Klassenkampfs rührt von dieser Situation her: „Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch", sagte Mao und schloß daraus, daß proletarische Revolutionen vom Typus der Kulturrevolution gegen die Bourgeoisie in der Partei notwendigerweise immer wieder durchgeführt werden müssen.

Der „verflixte Mao Tsetung"

Es ist verständlich, daß die Bonzen und Bürokraten, die nach dem Tode Maos die Macht im Handstreich übernommen haben, diese klaren Aussagen Mao Tsetungs fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Sie wissen, daß sie ihre Macht verlieren, wenn die Volksmassen sich diese Lehre Mao Tsetungs zu eigen machen. Die Verfälschung der Maotsetungideen ist ein Hauptanliegen der neuen Pekinger Führung. Hua hat sich zu diesem Zweck zum Verwalter des Nachlasses Maos gemacht und sorgt dafür, daß die bisher noch nicht veröffentlichten Schriften entsprechend präpariert werden. Schwerer haben es die Bonzen mit den bereits vorliegenden Mao-Werken. Hier einfach die von ihnen so geliebten „großen Modernisierungen" durchzuführen wäre allzu leicht durchschaubar und deshalb gefährlich. Schauen wir uns die von ihnen eingeschlagene Methode beim Kastrieren der Maotsetungideen etwas näher an.

Mao Tsetung hat das von uns oben Zitierte über die Bourgeoisie in der Partei wohl gesagt – tönt es nun in der zum Sprachrohr Dengs herabgekommenen „Peking Rundschau" –, aber hat es in Wirklichkeit ganz, ganz anders gemeint! Weil Mao also offensichtlich selbst zu dumm war, das sagen zu können, was er sagen wollte, wird nun in der „Peking Rundschau" die „modernisierte" Form der „Maotsetungideen" (Version Deng-Hua) vorgelegt: „Innerhalb einer politischen Partei des Proletariats" – heißt es in der Nummer vom 5. April dieses Jahres – „kann ... keine bürgerliche Klasse entstehen. Die ‚Viererbande' behauptete hartnäckig, es gäbe eine bürgerliche Klasse in der Kommunistischen Partei Chinas und verleugnete damit grundsätzlich den proletarischen Charakter unserer Partei." Was sagte aber der verflixte Mao? – „... die Bourgeoisie ... sitzt mitten in der Kommunistischen Partei." Die „Viererbande" müßte demnach mindestens eine „Fünferbande" gewesen sein: Tschiang Tsching, Wang, Yao, Dschang – und Mao Tsetung!

Heiliger Konfuzius, steh uns bei!, so mögen die Pekinger Machthaber ihren Schutzpatron anrufen, denn sie können Mao Tsetung nicht offen angreifen. Aber sie müssen seine Aussagen verfälschen, weil diese sich direkt gegen sie richten. Und schon ist die Lösung gefunden: Die Bourgeoisie gibt es als Klasse nur außerhalb der Partei, aber es gelingt ihr mit List, ihre Agenten in die Parteiführung einzuschleusen. Wobei sie die ehrlichen proletarischen Funktionäre als solche bezeichnen. James Bond wäre vor Neid erblaßt, hätte er gewußt, wie unglaublich geheim diese Agenten in der KP Chinas gearbeitet haben. Die chinesische Matà Hari, die vor über vierzig Jahren eingeschleust wurde, hat sogar den Parteivorsitzenden geheiratet. Mit den Waffen einer Frau ist es ihr gelungen, noch den 83jährigen Mao kurz vor seinem Tod gegen den proletarischen Superrevolutionär Deng Hsiao-ping aufzuhetzen. Der anscheinend blöde Mao hat sich von der Hexe so herumkriegen lassen, daß er den Deng sogar als typischen Vertreter der Bourgeoisie in der Partei bezeichnet hat, wo es doch in der Partei gar keine Bourgeoisie gibt; wo doch der Deng so ein guter Kommunist ist.

Die logischen Widersprüche in der Argumentation der chinesischen Bonzen sind so offenkundig, daß es schwerfällt, darüber keine Satire zu schreiben. Niemand wird bestreiten (und auch die „Vier" haben niemals bestritten), daß es auch außerhalb der Partei eine Bourgeoisie gibt. Niemand wird leugnen, daß die Imperialisten immer wieder mit wechselndem Erfolg Agenten in revolutionäre Parteien einschleusen. Niemand wird die Meinung vertreten, daß man gegenüber solchen Manövern nicht wachsam sein dürfe. Aber worauf Deng und Hua abzielen, ist, gerade den bedeutendsten Beitrag zu liquidieren,den Mao Tsetung zur Weiterentwicklung des Marxismus geleistet hat: Daß in der Periode des Sozialismus gesetzmäßig ein Teil der Führer der Arbeiterschaft politisch die Farbe wechseln und sich von Dienern des Volkes zu Herren über das Volk aufschwingen will; daß es deshalb den Führern nie und nimmer erlaubt sein darf, im Namen der Massen zu reden, wenn diese nicht täglich und tätig ihre Zustimmung geben; daß die arbeitenden Menschen in allem die Führung haben und sich den Marxismus aneignen müssen, um falsche Führer zu durchschauen.

Die „Theorien" der Pekinger Arbeiterverräter laufen auf die Maxime hinaus: Die Führung ist heilig und an ihren Ratschlüssen darf nicht gerüttelt werden. Weil ja gar keine Gefahr droht, weil in der Partei keine Bourgeoisie sitzt etc. Damit wollen sie den Werktätigen die Waffe des Marxismus aus der Hand schlagen. Und gemäß ihrer „Theorie" über die eingeschleusten Agenten stempeln sie heute jeden, der sie zu bekämpfen wagt, als „Agenten" des Imperialismus ab. Wir glauben, daß sich die Herren dabei verrechnen. Sie sind Reaktionäre und werden deshalb kein ruhiges Leben haben. Auf dem Misthaufen der Geschichte ist für sie heute schon ein Platz reserviert. ●



Was heißt „Volksmacht"?

VOLKSMACHT heißt, daß die Staatsgewalt nicht mehr der kleinen Minderheit von kapitalistischen Ausbeutern dient, sondern der riesigen Mehrheit von Arbeitern, Angestellten, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und werktätigen Intellektuellen.

VOLKSMACHT heißt daher, daß der Machtapparat des kapitalistischen Staates (Bundesheer, Polizei, Gendarmerie usw.) zerschlagen und eine umfassende Volksmiliz gebildet wird, die in den Betrieben bzw. Dorfgemeinden ihren Ausgangs- und Stützpunkt hat und die Sicherheit der Bevölkerung im Inneren sowie die Unabhängigkeit der Nation nach außen schützt.

VOLKSMACHT heißt ferner, daß an die Stelle eines Schwindelparlaments, das nicht die Interessen der Arbeitenden vertritt und in Wirklichkeit überhaupt nichts zu entscheiden hat (denn im kapitalistischen Staat entscheiden die mächtigen Monopole mit Hilfe der unabsetzbaren hohen Bürokratie), eine echte Volksvertretung nach der Art der Pariser Kommune tritt: Die arbeitenden Menschen stimmen nicht über von Parteisekretariaten zusammengestoppelte Listen ab, sondern sie wählen in geheimer Wahl Vertrauenspersonen aus ihrer Mitte; gesetzgebende und vollziehende Gewalt sind vereint, d. h. die gewählten Abgeordneten sind auch für die Durchführung der Gesetze unmittelbar verantwortlich; die Abgeordneten stehen unter ständiger Kontrolle ihrer Wähler, denen sie regelmäßig Rechenschaft ablegen müssen und von denen sie auch vorzeitig abberufen werden können, falls sie das in sie gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigen; die Abgeordneten genießen keine Politikerprivilegien, sondern beziehen den gleichen Arbeitslohn wie vor ihrer Wahl.

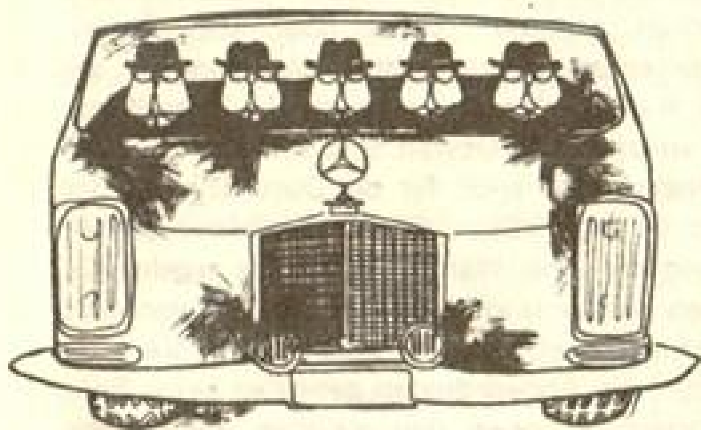
VOLKSMACHT bedeutet schließlich Sozialismus: sämtliche privat- und staatskapitalistische Unternehmungen gehen in das Eigentum des ganzen Volkes über und werden von der Volksvertretung (im Kommunal-, Bezirks-, Landes- oder Bundesmaßstab) verwaltet; Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden sowie den werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land wird ein allmählicher Übergang zur genossenschaftlichen Produktionsweise auf einer streng freiwilligen Grundlage ermöglicht und erleichtert.

Für eine solche Volksmacht treten wir ein. Um dazu zu kommen, bedarf es eines radikalen Umsturzes der Gesellschaftsordnung, eben der sozialistischen Revolution. Und eine solche Revolution, die tatsächlich mehr als 95 Prozent der Bevölkerung ein für allemal von Ausbeutung und Not befreien wird, kann nur siegreich sein, wenn sich die Arbeiter das entsprechende politische Instrument geschaffen haben, nämlich ihre eigene revolutionäre Klassenpartei.

Deshalb bereitet die VRA durch ihre ganze Tätigkeit die Schaffung einer marxistisch-leninistischen revolutionären Arbeiterpartei vor, unter deren Führung die Arbeiterklasse und alle Werktätigen Österreichs ihre Volksmacht erkämpfen werden. ●

Wie die Reaktion re(a)giert

16 gestohlene Mercedes sollten per Bahn von Italien über Österreich nach Polen geschmuggelt werden. Ein österreichischer Eisenbahner, dem das Transitgut jedoch verdächtig vorkam, schlug Alarm und verhalf damit der Polizei zu ihrem bisher größten Erfolg gegen die internationale Automafia. Erntete nun der Eisenbahner für seine Aufmerksamkeit den Dank des Vaterlandes? So vermessen, an eine Belohnung zu denken, wollen wir gar nicht sein; aber wurde dem guten Mann wenigstens anerkennend auf die Schulter geklopft oder ein Stück Blech an die Brust geheftet? Es wurde weder noch. Weil der Eisenbahner nicht schön langsam nach der Dienstvorschrift, sondern rasch gehandelt hatte, wurde er vielmehr von seinem Vorgesetzten zusammengestaucht, mit Strafversetzung bedroht und vorerst zwangsbeurlaubt. Denn Vurschrift is Vurschrift — auch wenn der gemächlich den Dienstweg trabende Amtsschimmel vermutlich zu spät gekommen wäre und sich die gestohlenen Luxusschlitten heute



unter den fetten Hintern einiger Warschauer Parteifunktionäre befänden. Doch Vorgesetzte haben's halt nicht gern, wenn ihre Untergebenen aufgeweckter sind als sie.

*

Ein kleiner Beamter des Münzamtes, der provisorische Rechnungsassistent Werner Altmann, entdeckte einen großen Betrug. Unter der genauso harmlosen wie falschen Bezeichnung „Bruchgold" waren 1303 Kilo schweizerisches und russisches Schmuggelgold in den Schmelztöpfen des Hauptmünzamtes gelandet. Schadenssumme an hinterzogenen Eingangsabgaben für den Staat (und den Steuerzahler): fast 17 Millionen Schilling. Da jedoch der Hofrat



und Münzamtboß Friedrich Zimmermann höchstpersönlich bis zum Hals in diesem Goldsumpf steckte, deshalb spürte der provisorische Beamte sehr bald den Dank der Obrigkeit. Er bekam den Weisel. Die Kündigung. Weil's in einem Rechtsstaat offenbar als Frechheit gilt, wenn ein Untergebener seinem kriminellen Vorgesetzten auf die Schliche kommt.

Erst als die Sache in der Öffentlichkeit ruchbar wurde, bequemte man sich amtlicherseits dazu, die Kündigung zurück- und den Herrn Hofrat aus dem Verkehr zu ziehen.

*

Wir sehen also, daß die hohen Herrschaften dazu neigen, anstatt des Täters lieber den unbequemen Mahner zu bestrafen. Und nachdem die Herrenmenschen des Bundeslandes und ehemaligen Reichsgaues Kärnten diesbezüglich keine Ausnahme machen, so konnte man erwarten, daß sie dem Slowenensprecher Filip Warasch früher oder später Schwierigkeiten bereiten würden. Besagter Warasch nämlich pflegt die der slowenischen Minderheit staatsvertraglich zustehenden Rechte unentwegt einzumahnen. Weil es aber anscheinend undemokratisch ist, wenn ein lästiger Tschusch seine germanischen Häuptlinge nervt, deshalb näherte sich ihm das Schicksal in Gestalt des 61jährigen Gottfried Güttler, um ihn mundtot zu machen. Güttler behauptete, Warasch habe ihm am 12. November 1976 um 17.30 Uhr eine Höllenmaschine zur Sprengung des Klagenfurter Haupttransformators gegeben.

Daß Güttler von seinen Bekannten als Querulant bezeichnet wird, daß er dem *Profil* seine Bombenstory um 100.000 Schilling verkaufen wollte, daß er sich erst zwei Monate später an die Klagenfurter Sicherheitsdirektion wandte (weil er hoffte, an die vom Innenministerium ausgesetzte 50.000-Schilling-Prämie für die Aufklärung von Bombenanschlägen heranzukommen) und daß Warasch für die fragliche Zeit ein von 22(!) jugoslawischen Journalisten bestätigtes Alibi hatte, das alles konnte den Tatendrang der Staatsanwaltschaft Klagenfurt nicht bremsen. Sie brachte den ungeliebten Warasch vor Gericht.

Güttler, der Zeuge der Anklage, hatte dann allerdings beim Prozeß außer unbeabsichtigten Lacherfolgen nur einen einzigen starken Auftritt: Er schlug wild um sich, als ihn Presseleute fotografieren wollten. Und die Anklage selbst erwies sich nicht als Bombe, sondern als Seifenblase. (*Kurier:* „Fast schon eine Justizgroteske.") Auch das Urteil befriedigte nicht alle, und die sonst so redefreudige *Kronen-Zeitung* schonte deshalb die Gefühle ihrer Leserschaft, indem sie den Freispruch für Warasch — ganze drei Zeilen — kommentarlos auf Seite 16 versteckte.

Jetzt fragt sich nur noch, woher wirklich die vier Kilo Sprengstoff samt Zündvorrichtung stammen,



die Güttler im Jänner 1977 vorgelegt hatte. Aber die Hintermänner, die ihm dieses „Beweismaterial" verschafft haben, wird man wohl nie fassen, denn jene Leute, die in Kärnten nach dem Rechten sehen sollten, leiden an einer rätselhaften Augenkrankheit. Am braunen Star. ●

Einem lieben Genossen zum Gedenken

Vor kurzem ist unser Genosse Karl Zugsbratl im 63. Lebensjahr verstorben. Er ist der gleichen tückischen Krankheit zum Opfer gefallen, die mehrere Monate zuvor seine Gattin hinweggerafft hatte.

Karl Zugsbratl war nicht nur unser Genosse. Er war auch Mitglied der SPÖ. (Bekanntlich ist die VRA keine Partei, sie vereinigt vielmehr revolutionäre Arbeiter der verschiedensten Richtung und Herkunft, egal ob sie parteilos oder Mitglieder einer verbürgerlichten Arbeiterpartei sind.) Er war einer jener Genossen, welche die gar nicht wenigen revolutionären Sozialisten repräsentieren, die kraft ihrer Klassenlage und kraft ihres Klassenbewußtseins, vermöge ihres Verstandes, ihrer Lebenserfahrung und ihrer selbständig erworbenen Kenntnisse sowie dank ihrer persönlichen Lauterkeit und Charakterfestigkeit praktisch zu den Schlußfolgerungen gelangt sind, die die VRA theoretisch erarbeitet hat. Als er vor einigen Jahren durch ein Plakat, das ein Leser der „Volksmacht" irgendwo angeschlagen hatte, zu uns fand, sagte er: „Leute wie euch habe ich schon lange gesucht!"

Genosse Karl bestärkte uns immer wieder in unserer Orientierung auf die SP-Arbeiter. Das, so sagte er, sei die einzig richtige und einzig mögliche Politik im Interesse der Arbeiterklasse und im Sinne des Marxismus. Er lieferte uns praktische Beispiele für das von der VRA als Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus entdeckte Phänomen der bürokratischen Kapitalisten, vor allem in Unternehmungen der Gemeinde Wien. Doch zugleich warnte er uns, die feinen Unterschiede zu mißachten, welche zwischen SP-beherrschten und VP-beherrschten Unternehmen der öffentlichen Hand sowie zwischen bürokratischen Kapitalisten mit bürgerlichem und solchen mit proletarischem „Hintergrund" bestehen; denn diese Unterschiede sind zwar hinsichtlich der sozial-ökonomischen Basis des erwähnten Phänomens unwesentlich, spielen aber im politischen Überbau, wo es um die „Seele" der Arbeiter geht, eine große Rolle.

Schließlich gab uns Genosse Karl einen wichtigen Fingerzeig in bezug auf die ideologischen Widersprüche der SP-Führung. Er verwies auf deren altbekannte Phrase: „Demokratie ist der Weg, Sozialismus ist das Ziel", mit der sie so viele Jahrzehnte Hunderttausende arbeitender Menschen irregeführt hat, und stellte die brennende, aktuelle Frage: „Zum zweiten Male geht ihr, Führer der SPÖ, den bürgerlich-demokratischen Weg, der schon einmal zu Faschismus und Krieg geführt hat. Wohin soll er uns heute führen? Wo bleibt das sozialistische Ziel?" Gerade jetzt, da die marxistischen und revolutionären Arbeiter mit ihren SP-Kollegen über den neuen Programmentwurf der SPÖ diskutieren, sind diese Worte unseres verstorbenen Genossen Karl eine große Hilfe.

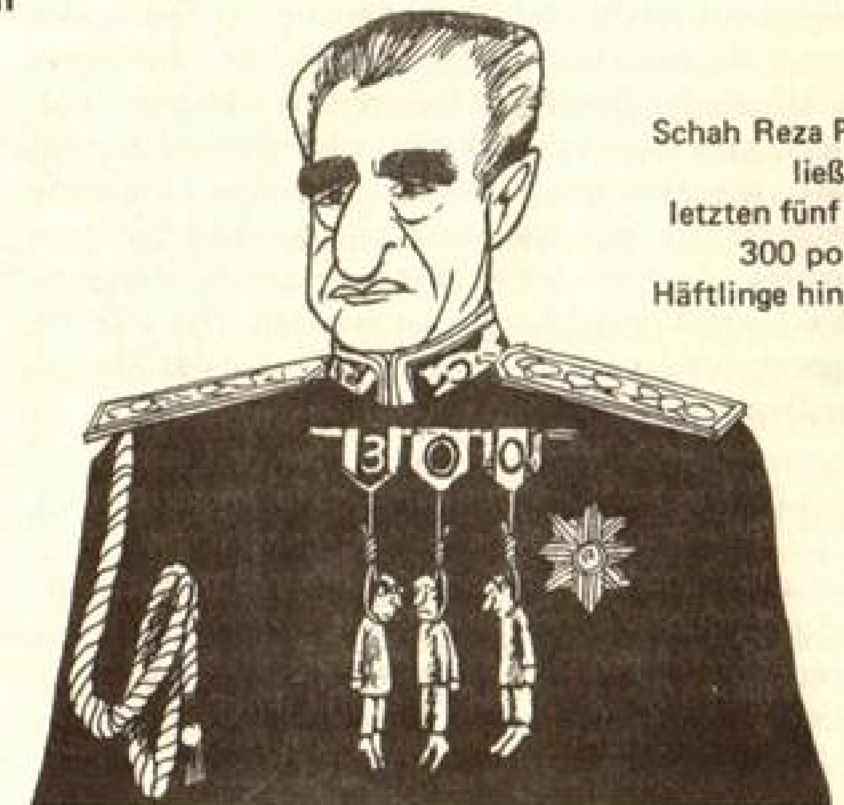
Genosse Karl hat unter seinen Arbeitskollegen und Bekannten unermüdlich den von Karl Marx und Friedrich Engels begründeten wissenschaftlichen Sozialismus propagiert und im Sinne der aktuellen Analysen, Schlußfolgerungen und Parolen der VRA agitiert. Er hat mit unersättlicher Begier die gesamte marxistisch-leninistische Literatur, die er durch unseren Organisationsvertrieb erlangen konnte, studiert und es gut verstanden, seine praktischen Erfahrungen mit seinen theoretischen Studien zu verbinden. Er hat sowohl in Mitgliederversammlungen als auch auf den gesamtösterreichischen Konferenzen der VRA nützliche Diskussionsbeiträge geliefert und darüber hinaus auf eigene Initiative eine kleine ideologische „Hilfsaktion" für unsere Gruppen und Stützpunkte in den Bundesländern initiiert.

Nun müssen wir zu unserem großen Leidwesen die überaus schmerzliche Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß Genosse Karl Zugsbratl nicht mehr unter uns weilt. Niemals werden wir seine sparsam-knappen und treffsicher-humorigen Bemerkungen vergessen, die unsere leidenschaftlichen Diskussionen so sehr belebt haben. Und immer werden wir mit kameradschaftlichen Gefühlen der bescheidenen und liebenswerten Persönlichkeit unseres Genossen Karl Zugsbratl gedenken.

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs ●

Das Mehregan-Fest der Iranischen Studentenorganisation

Am 26. November fand in Wien 19, Gatterburggasse 2a (Haus der Begegnung) um 19.30 Uhr eine öffentliche Veranstaltung der Iranischen Studentenorganisation (ISO) statt. Die iranischen Freunde haben dort Lieder und Gedichte vorgetragen, die im Zuge des jahrzehntelangen Kampfes gegen Imperialismus, Hegemonismus und Diktatur entstanden sind. Die Terrorherrschaft des Schahs versucht mit allen Mitteln, die Verbreitung dieser Lieder und Gedichte zu verhindern. Fortschrittliche Kulturschaffende werden verfolgt wie der revolutionäre Dichter Chosro Golsorchi, der 1973 von den Folterknechten des Schahs geblendet und schließlich ermordet wurde. Golsorchi ist tot. Aber sein Werk können die Reaktionäre nicht töten. Je mehr es bekämpft wird, desto stärkere Zustimmung findet es im Volk. Die Kultur des Volkes läßt sich ebensowenig verbieten wie das Volk selbst. Die revolutionäre Kultur ist für das Volk eine Quelle der Kraft und der Zuversicht für den langwierigen Kampf um die Befreiung. ●



Schah Reza Pahlewi ließ in den letzten fünf Jahren 300 politische Häftlinge hinrichten

Woche der Arbeiterjugend

Ende Oktober hat die Sozialistische Jugend Wiens in Floridsdorf ein Arbeiterjugend-Fest abgehalten, das den Abschluß der „Woche der Sozialistischen Jugend" bildete. Wir waren dazu von einigen Lehrlingen während der Anti-Atomkraftwerk-Demonstration eingeladen worden. Die Veranstaltung an und für sich hatte – was das „große Programm" betrifft – sicherlich Schwächen. Der Film „Im Land herrscht Ruhe" von Peter Lilienthal – er handelt über den lateinamerikanischen Faschismus nach chilenischem Muster – zeigt zwar die Schrecknisse des Faschismus auf, umgeht



Pinochet – der Führer der chilenischen Militärjunta

aber die Frage nach den Wurzeln des Faschismus ebenso wie die nach einem Ausweg daraus. Lichtblick im Programm war das Linzer Lehrlingstheater, das in Liedern und kurzen Sprechszenen die Schul- und Arbeitswelt in unserem „Wohlfahrtsstaat" so darstellte, wie sie in Wirklichkeit ausschaut.

Viel wichtiger als dieses „große Programm" waren aber die Diskussionen, die es auf dem Arbeiterjugend-Fest gab. Unser Eindruck war äußerst positiv, denn wir sahen durchwegs solche junge Menschen, die sich für eine gesellschaftliche Veränderung im Sinne der Arbeiterschaft einsetzen. Junge Menschen, die gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung kämpfen wollen, die gegen den sozialpartnerschaftlichen Betrug auftreten, die sich gegen neofaschistische Umtriebe zur Wehr setzen, wie sie heute verstärkt unter dem Deckmantel „Terroristenbekämpfung" und „Verteidigung der Demokratie" betrieben werden. Das alles ist ermutigend, weil es zeigt, daß in der Jugend ein gewaltiger Drang zum Sozialismus besteht.

Nicht auf Wölfe im Schafspelz hereinfallen!

Natürlich darf man sich keine Illusionen machen: Alle möglichen Kräfte wollen solche Jugendliche für ihre Interessen einspannen. Einerseits ist da die Parteispitze der SPÖ, die sich eine Sozialistische Jugend als linkes Aushängeschild halten will. Da dürfen dann zwar alle möglichen kritischen Äußerungen gemacht werden, aber von oben her wird in „demokratischer" Art und Weise eine ganz andere Politik vorgeschrieben, als sie den Interessen junger Arbeiter und Lehrlinge entspricht. Andererseits sind es die Agenten der russischen Sozialimperialisten in der „K"PÖ-Führung, die den Unmut klassenbewußter junger Menschen auf ihre eigenen Mühlen lenken wollen. So hat auch ein Vertreter der „K"PÖ versucht, Reklame für das sogenannte „sozialistische Lager" zu betreiben. Er bekam eine Abfuhr. Einem westdeutschen Polit-Sänger hingegen, der sich als Befürworter des „Eurokommunismus" entpuppte, wurde Sympathie entgegengebracht. Jedoch: wie kann man mit den „Eurokommunisten" sympathisieren, die alles tun, was in ihrer Kraft steht, damit die arbeitenden Menschen ihr Schicksal nicht in die eigenen Hände nehmen? Das sieht man ja in Spanien, wo ein Carillo den revolutionären Prozeß in eine für die Herrschenden ungefährliche Richtung umgebogen hat. Und das sieht man in Italien, wo ein Berlinguer die Arbeiterbewegung besser im Zaum hält als ein Christdemokrat, weil von dem jeder weiß, daß er ein offener Vertreter der Bourgeoisie ist.

Fällt man auf den „Eurokommunismus" herein, kann man sich natürlich äußerst radikal geben; er ist nur ein willkommenes Auffangbecken, in das man den Unmut der jungen Menschen kanalisieren kann, ohne daß es für die Herrschenden gefährlich ist.

Solidarität der Verräter

In der Diskussion auf dem SJ-Fest spielte auch Mao Tsetung eine Rolle. Das ist ganz klar, denn Mao hat weltweit junge Menschen in ihrem Kampf gegen kapitalistische Ausbeuter beflügelt. Der „singende Eurokommunist" erklärte nun, in der Kulturrevolution seien „Ströme von Blut" geflossen.

Eine solche Äußerung ist bezeichnend. Noch immer geifern die revisionistischen Vertreter des gesellschaftlichen Rückschritts gegen die Kulturrevolution. Wer sagt aber etwas dagegen, daß heute in China tatsächlich Arbeiterblut fließt? Keiner von diesen Herrschaften! Denn sie fürchten und hassen logischerweise die Losung der Kulturrevolution „Die Arbeiterklasse muß in allem die Führung innehaben!". Und sie sympathisieren mit Leuten wie Deng Hsiao-ping, die heute arbeitende Menschen belügen, betrügen und unterdrücken. Denn Bonzen und Arbeiterverräter sind einander wesensverwandt, egal, ob sie im Kreml sitzen, ob sie sich als „Eurokommunisten" aufspielen oder ob sie mit „Mitbestimmungs"schwindel und sozialer Demagogie hausieren gehen, um die Geschäfte des Kapitals besser erledigen zu können.

Gemeinsamer Kampf für Sozialismus!

Der Kampf der Jugend für den Sozialismus ist notwendiger denn je. Gerade in der heutigen Zeit einer Weltwirtschaftskrise, aus der der „Ausweg" der Imperialisten eine ungeheure Aufrüstung und damit die Orientierung auf den Krieg ist. Es ist notwendig, daß sich alle fortschrittlichen jungen Menschen zusammenschließen, um gegen diese Gefahren den Kampf aufzunehmen. ●

Die Ansätze zum Terror

6.000 Menschen demonstrierten am 26. Oktober gegen Atomkraftwerke. An dem Marsch zum Bundeskanzleramt nahmen nicht nur Wiener teil, es waren auch Waldviertler Bauern und starke Abordnungen aus Tirol, Vorarlberg und anderen Bundesländern gekommen.

Im Kampf gegen die kostspieligen und tödlichen Kernkraftwerke nehmen Menschen die Wahrung ihrer Interessen in die eigenen Hände, und das ist es, was die finanzgewaltige Atomlobby, ihre Politiker, ihre Bonzen, „Experten" und Meinungsmacher so in Rage bringt. Deshalb wollten sie mit aller Vehemenz die Atomkraftwerksgegner als „Terroristen" abstempeln. Das ist nicht nur Rufmord, das ist nackte Scharfmacherei und Drohung mit Gewaltanwendung. Nicht nur gegenüber denen, die am Nationalfeiertag demonstrierten, sondern darüber hinaus gegen jeden, der gegen Kernkraftwerke rebelliert. Die Antwort darauf kann nur heißen: Jetzt erst recht den berechtigten Kampf gegen das tödliche Profitgeschäft mit der Kernenergie führen!

„Das waren lauter Sympathisanten der Baader-Meinhof", urteilte Kanzler Kreisky nach der Demonstration und teilte mit, daß in Hinkunft der Ballhausplatz für Demonstrationen gesperrt sein würde. Die „Kronenzeitung" stieß ins gleiche Horn wie der Kanzler, und ein Redakteur schrieb am Tag nach dem Nationalfeiertag:

„Viele Österreicher haben Angst vor der Kernkraft. Es ist legitim, wenn sie die Inbetriebnahme von Zwentendorf ablehnen. Den Radikalinskis ging es gar nicht um die Ängste der Bevölkerung. Sie umzingelten das Bundeskanzleramt. Sie wollten Kreisky auf der Straße fertigmachen ... Das sind Ansätze zum Terror. Da wollen einige die Baader-Meinhof-Szene in Österreich. Jetzt gilt es, sich der Anfänge zu wehren."

Andere Zeitungen äußerten sich in der gleichen Tonart. Solche Aussagen haben es in sich. Worauf sie nämlich hinauslaufen, ist klar genug: Da sollen ehrliche Atomkraftwerksgegner verteufelt, ja kriminalisiert werden, indem man sie als „Terroristen" und „Extremisten" beschimpft. Damit will man sie von der Bevölkerung, die eingeschüchtert werden soll, isolieren und ein scharfes Vorgehen rechtfertigen. So sollen die arbeitenden Menschen gar nicht merken, daß sich solche Methoden in Wahrheit gegen sie selber richten. Was da von den Meinungsmachern im Zusammenhang mit der Anti-Atomkraftwerks-Demonstration gesagt wurde, ist tatsächlich ein „Ansatz zum Terror", zum Terror gegen jeden, der bereit ist, für seine Meinung und Überzeugung auf die Straße zu gehen.



Gegen jeden arbeitenden Menschen wohlgemerkt, denn was die Herren Unternehmer oder das Ärzte-Establishment betrifft, hat keiner der Meinungsmacher etwas dagegen einzuwenden, wenn diese zur Verteidigung ihrer Privilegien aufmarschieren.

Zündstoff Atomkraftwerke

„Im Westen sind es dieselben Kapitalsgruppen und multinationalen Konzerne, die sich sowohl an der Entwicklung von Atomwaffen als auch jener von Atomkraftwerken bereichern. Dahinter steht das große, lebensbedrohende, weltweite Geschäft, ein mörderischer Konkurrenzkampf um Absatzmöglichkeiten, Marktanteile und Gewinne, an dem sich die Oststaaten gleichermaßen beteiligen. So schließt sich der unheilvolle Kreis, der zuerst mit der Atomwaffenproduktion begann und heute mit der forcierten weltweiten Verbreitung von Atomkraftwerken seine Fortsetzung findet, um schließlich in der fatalen Plutoniumökonomie zu münden – mit all ihren nicht wieder gutzumachenden Folgewirkungen und Gefahren." So heißt es in dem von mehr als sechzig Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären unterzeichneten Aufruf „Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke". Und das ist absolut richtig.

Im Kampf gegen Atomkraftwerke erkennen immer mehr Menschen die Kernkraftwerke als das, was sie tatsächlich sind: eine Ausgeburt der Profitwirtschaft im Dienste weniger. Einer Profitwirtschaft, die auf die Dauer die Existenz arbeitender Menschen ruiniert. Zusammen mit beinahe schon „selbstverständlichen" Erscheinungen, wie Luftvergiftung, Wasserverseuchung, mörderischen Verkehrsverhältnissen, Arbeitsbedingungen, die die Menschen krank machen und früher zum Sterben bringen, sind die Atomkraftwerke nur ein Glied in der Kette dieser kapitalistischen Wirtschaft. Und die weltweite Jagd

nach Profit bringt diese tödlichen Erscheinungen ebenso zwangsläufig hervor wie sie zu Wirtschaftskrisen führt und zum Wettrüsten der Supermächte, das uns vom „Gleichgewicht des Schreckens" in die Schrecken eines dritten Weltkriegs zu stürzen droht.

Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke

Es ist äußerst bedeutsam und verdient jede Unterstützung, daß Betriebsräte und Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke aufrufen. Von Benya wird dieses Auftreten mißbilligt, er hat sich dahingehend geäußert, daß diese Gewerkschafter zwar sagen könnten, was sie wollten, daß sie aber keinesfalls im Namen des ÖGB reden dürften. Eine solche Stellungnahme Benyas entspricht völlig dem Wesen der ÖGB-Bonzen, die sich kaltlächelnd über die Bedenken gegen Atomkraftwerke hinwegsetzen, die in der arbeitenden Bevölkerung immer spürbarer werden. Denn ihre Interessen sind andere als die arbeitender Menschen. Es ist aber egal, ob Benya Gewerkschaftern erlaubt, als Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke Stellung zu nehmen oder nicht. Wichtig ist allein, daß Gewerkschafter die Interessen der Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck bringen. Und da kann man sicher sein, daß weitaus mehr Menschen eine gesunde Alternative zur Kernenergie sehen als nur jene 6.000 Demonstranten vom 26. Oktober.

Schädliche Phrasendrescher

Daß Kreisky mit scheinbar so „starkem Geschütz" gegen tausende ehrliche Demonstranten auffahren konnte, um sie von den werktätigen Menschen zu isolieren, hat aber auch noch andere Gründe. Klipp und klar muß festgestellt werden, daß Jargon und Auftreten einiger Leute, die sich als Superradikale hochstilisierten, dem Kanzler das Alibi für seine diffamierenden Äußerungen geliefert haben.

Die Phrasen, die da gedroschen wurden („nur wenigen Ministern ist es gelungen, durch die Hintertüre zu flüchten", „Kreisky — Mörder" usw.), sind tatsächlich geeignet, die Bewegung gegen Atomkraftwerke von der Masse der arbeitenden Bevölkerung zu isolieren. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Solche Phrasendrescher spielen — ob sie das wollen oder nicht — eine spalterische Rolle. Den Kampf gegen die Atomkraftwerke aktiver voranzutreiben und vor allem die Führung in die eigenen Hände zu nehmen, ist die Aufgabe aller ehrlichen AKW-Gegner. Den Führungsklüngel trotzkistischer Gruppierungen und des „Kommunistischen Bundes Österreichs", die geradezu stolz auf ihre schädlichen Umtriebe sind (KB-Stellungnahme: Die Vorwürfe Kreiskys zeigten „allein schon, daß die Bewegung sich Zug um Zug konsequenter gegen den bürgerlichen Staat stellt und sich revolutioniert."), darf man keinesfalls das Feld überlassen.

Umso notwendiger ist das, weil sonst die Gefahr besteht, daß sich sogar Rechtsradikale — mit voller Unterstützung der Bourgeoisie — in die Bewegung gegen Atomkraftwerke einschalten, um sie in die Irre zu führen. ●

Die Stimme des Hausherrn

oder *Die Drohung mit der Polizei*



Seine Exzellenz, der Herr Bundespräsident Kirchschläger, geruhten anläßlich des Nationalfeiertages ein demokratisches Recht zu kritisieren: Das Recht des gemeinen Staatsbürgers, just auch an jenem Tag gegen die Atomlobby zu demonstrieren. Vom Staatsoberhaupt nicht gerügt wurden dagegen die zahllosen, zur selben Zeit unternommenen Fitmärsche. Das ist — von höherer Warte aus betrachtet — durchaus zu verstehen, denn während die meisten Fitmarschierer im nächsten Wirtshaus landeten, fanden sich die Atomgegner am Ballhausplatz ein. 6000 an der Zahl. Und sie forderten — Gott vergebe ihnen diese Blasphemie —, daß eine andere Exzellenz, nämlich der Herr Bundespräsident Kreisky, zu ihren Argumenten Stellung nehmen solle.

Womit Seine andere Exzellenz ebenfalls Gelegenheit erhielten, höchstdero Meinung über Leute kundzutun, die an einem Feiertag zu demonstrieren wagen: „Von ein paar Lausbuben lasse ich mich auf der Straße nicht terrorisieren!"

Ha, da werden sich die Waldviertler Bauern, die gegen die Verwandlung ihrer Heimat in einen Atommisthaufen protestierten, aber gegiftet haben. Der Nobelpreisträger Konrad Lorenz, auch ein Demonstrant, konnte hingegen lausbübisch lächeln, weil ihm vom streitbaren, grantelnden Kanzler die Lorenzsche Aggressionstheorie damit quasi amtlich bestätigt wurde.

„Ich bin hier der Hausherr!" stellte Kreisky zuerst einmal die demokratischen Verhältnisse klar. Dann steigerte er die Publikumsbeschimpfung von „Lausbuben" auf „Baader-Meinhof-Sympathisanten" und brachte die das Bundeskanzleramt umlagernden Atomgegner somit in die gefährliche Nähe von Terroristen und anderem jagdbaren Wild. Ganz folgerichtig drohte er deshalb wenig später damit, den Platz räumen und den „Spuk binnen weniger Minuten beenden" zu lassen. Ob der Bundesbruno dabei an jene flaschengrünen Ordnungshüter dachte, denen es im Wiener Stadion jedesmal mühelos gelingt, das Fußballfeld in ein Schlachtfeld zu verwandeln? Oder standen vor seinem geistigen Auge etwa gar die „Cobra"-Gendarmen, die heuer bereits in Zwentendorf versuchten, mit Maschinenpistolen und scharfen Hunden etwaige „Terroristen" einzuschüchtern?



*

Kaum weniger aggressiv berichteten anderntags die Zeitungen über das Geschehen, wobei vor allem die „Krone" bei bewährter Schwarzweißmalerei blieb: hier der liebe Gott Kreisky — dort die terroristischen Teufel. Und so erfuhr man auf diesem schon lange nicht mehr ungewöhnlichen Wege, daß die „Radikalinskis" das Bundeskanzleramt „umzingelten" und „Kreisky auf der Straße fertigmachen" wollten.

„Nach Mogadischu, nach dem Tod von Hanns-Martin Schleyer" ist es nun für „KZ"-Schreiber Peter Gnam klar, daß der Rechtsstaat dagegen was tun muß. Er muß sich wehren.

Wie er sich wehren soll, hat in einer anderen österreichischen Tageszeitung ein anderer Journalist anläßlich einer anderen Demonstration bereits vorweggenommen. Man hätte die Demonstranten „mit allem Respekt vor ihrer Meinungsfreiheit zumindest vorübergehend mitnehmen, ihre Identität, ihre Fingerabdrücke registrieren müssen."

Kreisky, Hausherr in Mallorca und am Ballhausplatz, kann vorerst allerdings auf die Ratschläge der vom Terroristenverfolgungswahn geschüttelten Journalisten verzichten. Er hat eigene Ideen. Der Platz vor seinem Amt, so erwog er, solle künftighin für Demonstranten überhaupt gesperrt sein. Daß ein solches Verbot (genauso wie das „vorübergehende Mitnehmen" von Demonstrationsteilnehmern) jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt, das ist ihm offenbar nicht aufgefallen. ●

Wiener Stadtwerke:

Mehr Leistung mit weniger Personal

Unter dem Motto „Noch nie haben so wenige so vieles für so viele geleistet" preist das Magazin der Wiener Stadtwerke „24 Stunden für Wien" (Nr. 4) die Einsparung von Personal und die enorme Leistungssteigerung in den Gemeindebetrieben.

Voll des Lobes ist das Magazin über die Wiener Gaswerke, in welchen zwischen 1948 und 1976 die Zahl der Bediensteten von rund 3.000 auf etwa 1.500 gesenkt wurde. Gleichzeitig wurde die Abgabe von Gas um das Vierfache erhöht. Die Pro-Kopf-Leistung eines Gaswerke-Bediensteten stieg in diesem Zeitraum von 100.000 auf 760.000 Kubikmeter, also um mehr als das Siebenfache. Dabei wird auch nicht vergessen, die Umstellung von Stadt- auf Erdgas zu loben. Daß wir dadurch in der Gasversorgung zum größten Teil von der Sowjetunion abhängig geworden sind, wird stillschweigend unter den Tisch gekehrt.

„Die Wiener Verkehrsbetriebe" — so heißt es in dem Magazin weiter — „stellen den Rationalisierungseffekt auf dem Personalsektor absolut am stärksten unter Beweis. Waren es im Jahre 1948 noch 13.988 Frauen und Männer, die sich um die Beförderung ihrer Wiener Mitbürger kümmerten, so sind es heute nur mehr 8.590". Lediglich in den E-Werken blieb der Personalstand annähernd gleich. Die Stromerzeugung



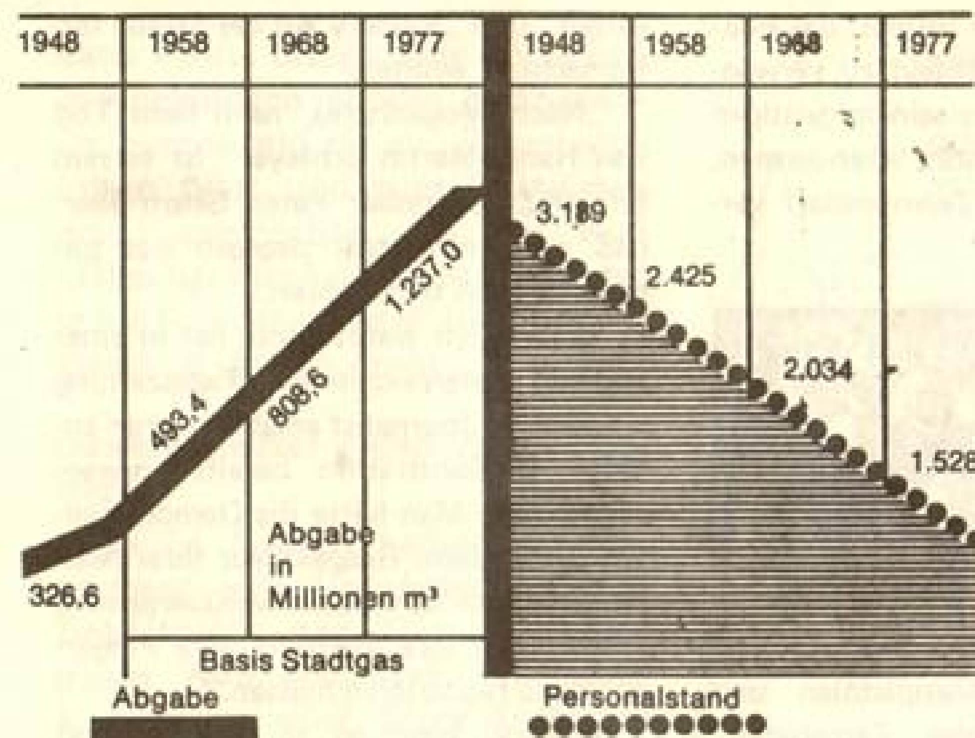
Aber vielleicht mit Ihnen, lieber Leser?
Abonnieren Sie die Zeitschrift

o „Für die Volksmacht" (17 Nummern, S 50,—) oder bestellen Sie
o zwei kostenlose Probehefte und/oder bestellen Sie die Broschüre
o „Von links gesehen — Politische Karikaturen" (A5, 32 Seiten + Umschlag, S 5,—).

Gewünschtes bitte ankreuzen.

Name: ....

Anschrift: ....

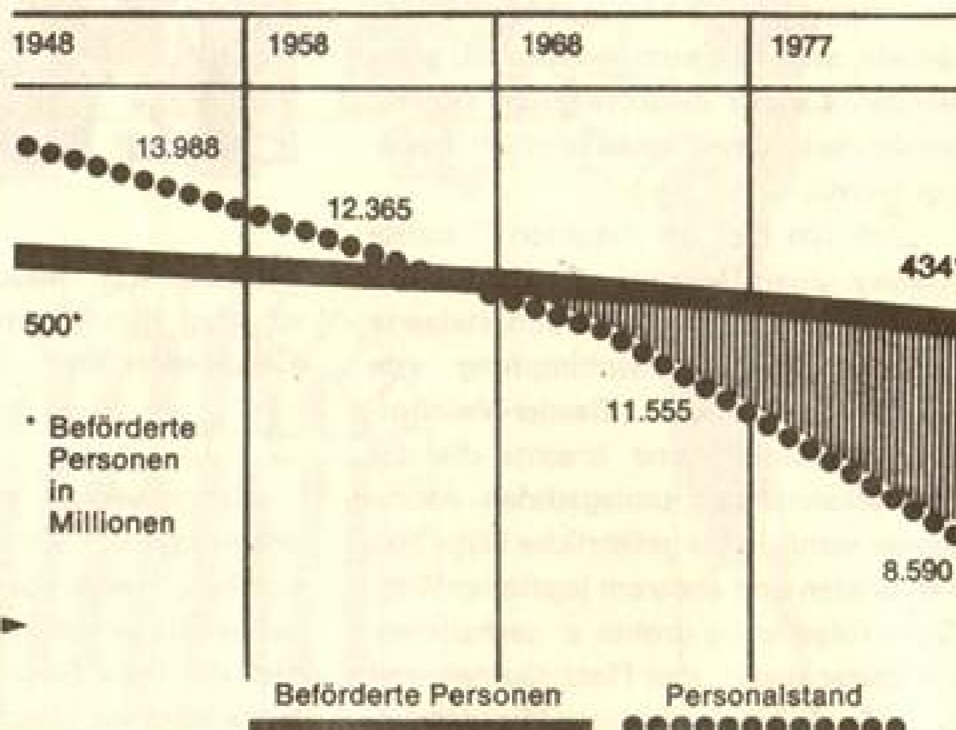


▲ Die Wiener Gaswerke steigerten die Abgabe von Gas um das Vierfache. Die Zahl der Beschäftigten aber sank um die Hälfte.

aber nahm zwischen 1948 und 1976 gewaltig zu, nämlich um nicht weniger als das Siebenfache.

Eines ist noch wichtig hinzuzufügen: Dieses „Mehr an Leistung" wurde – wie die Zeitschrift schreibt – „bei gleichzeitigem Übergang von der 48- auf die 40-Stunden-Woche" erzielt.

So schaut die Politik von Leuten aus, die den Arbeitern und Angestellten tagaus, tagein erklären, daß



Um nahezu 40 Prozent wurde der Personalstand bei den Wiener Verkehrsbetrieben reduziert. Dieser Rückgang erfolgte wohl deshalb, weil man mit den öffentlichen Verkehrsmitteln – entgegen der Behauptung des Wiener Stadtwerke-Magazins – doch nicht so „gut, preiswert und sicher ans Ziel kommt". Was aber nicht die Schuld der Bediensteten ist. ►

sie alles nur Erdenkliche für die Sicherung von Arbeitsplätzen unternähmen. In Wirklichkeit lassen sie nichts unversucht, um Arbeitskräfte einzusparen und von den verbliebenen noch mehr Leistung herauszupressen.

Daraus ergibt sich, daß auf keinem Fall bei Tariferhöhungen die gestiegenen Personalkosten als Motiv herhalten können. Umso naheliegender ist der Schluß, daß auf dem Umweg über „Auftragvergaben", „Investitionen", „Leistungen" usw. der Gemeindebetriebe den Unternehmern einträgliche Geschäfte zugeschanzt werden, die zusammen mit einer gutdotierten Bonzenwirtschaft zu den horrenden Gemeindedefiziten führen. ●

S 1,50

Drucksache

VRA★
Postfach 3, 1205 Wien

„Stimmt es eigentlich, daß der Schah die Witze sammelt, die über ihn gemacht werden?"
„Nein. Er sammelt nur die Leute, die die Witze erzählen."



33 87 774

Treffpunkt der Marxisten-Leninisten ist das Lokal der VRA in

Wien 20, Universumstraße 40

jeden Dienstag und Freitag ab etwa 18.30 Uhr. (Diskussionen, Schulungen, Auskunft in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen.)

„Unterm Hitler hätt's das nicht gegeben!"

Alle sind sich heute einig: Die Zeiten sind nicht rosig, die Lage wird schlechter. Der Weltmarkt ist verstopft, die Konkurrenz wird schärfer, es riecht nach Krieg. Wie immer in einer solchen Lage nimmt der Druck auf die Werktätigen zu. Die Steuerschraube dreht sich, die Arbeitshetze steigt, der Arbeitsplatz wird unsicherer. Und wie immer in einer solchen Lage wächst das Unbehagen und mehr Menschen beginnen zu fragen, ob es denn wirklich nichts Besseres gibt als diese Führer und dieses Profitsystem.

Dreißig Jahre hat man uns gesagt, der neue Kapitalismus ist anders, er wird uns dauernden Wohlstand, Sicherheit, Freiheit und Frieden garantieren. Der Glaube daran wankt, die Realität widerspricht solchen Versprechungen immer mehr. Höchste Zeit also für unsere Herren, etwas zu tun, damit die Leute bei der Stange bleiben, und wenn sie schon in Bewegung kommen, dann hübsch in die rechte Richtung gehen oder sich blutige Köpfe holen.

Und sie handeln, unsere Herren! Denn noch etwas geschieht in einer solchen Lage. Die Kriminalität nimmt zu, und es steigt die Aktivität von „Helden" wie Baader und Co., die sich individuell den Weg aus der Malaise freischießen wollen. Und kein vernünftiger Mensch, wenn er auch noch so unzufrieden ist mit dem heutigen Zustand, kann den Privatkrieg der Terroristen gegen den Kapitalismus als seine Sache empfinden, und schon gar nicht Aktionen wie die jüngste Flugzeugentführung.

Das wissen auch unsere Bonzen und Magnaten samt ihren Schreibern und Sprechern. Und schon schreien sie aus Zeitungen, Radio und Fernsehen: „Wir, du und ich, sind bedroht. Die Terroristen haben sich gegen euch verschworen, gegen alles, was ihr an Demokratie, Rechte, Freiheiten und Wohlstand habt. Ihr müßt geschützt werden".

Also müssen die Haftbedingungen verschärft, die Rechte der Verteidiger eingeschränkt, die Todesstrafe eingeführt, die Polizei aufgestockt, Anti-Terror-Truppen aufgebaut, die Bespitzelung verstärkt, kurz: die Staatsgewalt mächtiger werden.

So reden die Parteien und Verbände daher, so heult die Journaille. „Ein eiserner Besen muß her!", „Unterm Hitler hätt's das nicht gegeben" ist nicht zufällig das Echo. Und sie sagen weiter: Die Terroristen sind gegen das System, wer also gegen das System ist, ist ein Terrorist, zumindest ein Sympathisant, ein Mitschuldiger. Dabei sind diese Herrschaften nicht zimperlich. International werfen sie alles, was ihre Geschäftemacherei und Ausnehmerei stört, einfach in einen Topf mit Baader-Meinhof-Terroristen: den baskischen Widerstand in Spanien, die PLO, die Rebellen in Rhodesien oder die „Banditen- und Terrorstaaten" (Staberl) Algerien, Libyen, Südjemen, diese alle, heißt es, wollen uns an den „Wohlstand", womit in Wirklichkeit der Profit gemeint ist.

Aber auch bei uns weiß man genau, was zum Terrorismus gehört: Der Marxismus, die Ideologie, die dem Profitsystem den Garaus machen kann. „Klassenkampf ist Terrorismus" hämmern von der „Krone" bis zu „Profil" und „Presse" die Zeitungen los und auch Kreisky „weiß", daß hinter dem Widerstand gegen Atomkraftwerke marxistische „Terroristen" stecken. Und „Kurier" und „Profil" verlangen, daß sich die SPÖ von ihrer „marxistischen Vergangenheit" und ihren „marxistischen Mitgliedern" distanzieren muß, wenn sie ehrlich gegen den Terrorismus ist.

Die Absicht dabei ist deutlich: „Ihr seid doch gegen den Terrorismus" sagen sie den Menschen, also „müßt ihr gegen den Marxismus sein. Ihr müßt einsehen: Entweder wollt ihr uns samt den Schönheitsfehlern (siehe oben) oder euch blüht Entführung und Mord, denn das ist der Marxismus".

Den Marxismus scheuen diese Herrschaften, wie der Teufel das Weihwasser und wie die Lüge die Wahrheit. Denn sie wissen genau: Nicht die Terroristen können ihre Profitgeschäfte gefährden, nein, das können nur die Massen, die in ihren Betrieben und Büros arbeiten, und zwar dann, wenn sie sich den Marxismus aneignen. Angesichts der Krise fürchten sie mit Recht den Widerstand von dieser Seite, fürchten sie die Gedanken, mit denen der Widerstand gegen diese verheerenden kapitalistischen Zustände am besten zu fördern, zu organisieren und zum Sozialismus zu füh-

Sie fühlen sich bedroht? Von der Atomkraft?
Von der Arbeitslosigkeit? Vom Terrorismus?
Keine Aufregung.
Im Ernstfall einfach Knopf drücken.



ren ist: den Marxismus. Ihm gilt die Kampagne, dem mit Recht befürchteten Widerstand aber gilt die Stärkung der Staatsgewalt, die man drohend zur Schau stellt (die Berichterstattung des „Kurier" über die „GSG 9" in der Art der „Landser-Hefte" ist ein deutliches Zeichen dafür).

Unsere Oberen versichern uns zwar, diese „Wehrhaftmachung" (übrigens auch von den Nazis so genannt) ihrer Demokratie betreffe nur den Mißbrauch, den die Terroristen mit der Freiheit treiben. In Wirklichkeit wollen diese Herrschaften aber voll die Freiheiten und den Bewegungsspielraum der Massen treffen, wenn diese sich gegen die Krisenpolitik des Kapitals wehren. Wenn sie sich wehren, weil der Kapitalismus nicht imstande ist, ein menschenwürdiges, sicheres Leben zu garantieren und die Entwicklung der Krise und die zunehmende Kriegsgefahr dies täglich deutlicher machen.

In dieser Realität liegt aber die Grenze für den Einfluß der gegenwärtigen Kampagne. Kreisky weiß genau, warum er sich gegen die Leute wenden mußte, die schon wieder offen und lautstark das Hitlerreich glorifizieren: Auch vielen SP-Genossen stößt die Scharfmacherei auch mancher ihrer Bonzen sauer auf. Die Zahl solcher Menschen wird wachsen. Wie schnell, hängt auch von uns Marxisten ab. O. Z., Wien •



„Glaubst du, wir haben den Terroristen erwischt?"

Der wahre „Terror" liegt im kapitalistischen Profitsystem

Wir revolutionären Arbeiter haben immer wieder erklärt, was wir von anarchistischen Gewaltaktionen halten, die als „Klassenkampf" ausgegeben werden: Nichts! Absolut nichts! Denn was hier kleinbürgerlichen Hirnen an sogenannten revolutionären Aktionen entspringt, wird zur Waffe der Reaktion gegen die Arbeiter.

Das hat die Geschichte längst bewiesen und zeigt die Gegenwart wieder. Wenn sich der Kapitalismus in der Krise befindet, braucht er die Gewaltanwendung, um verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung zu sichern, um die arbeitenden Menschen niederzuhalten. Anarchistische Aktionen werden von den Machthabern als willkommener Vorwand genommen, um in einem Aufwaschen im Namen von „Recht", „Ordnung" und „Demokratie" jeden in der Arbeiterbewegung zu verteufeln und zu erledigen, der sich gegen die Kapitalsherrschaft wendet. Wer aufbegehrt, wird als Terrorist abgestempelt und wird auch dementsprechend „behandelt".

Gäbe es keine Terroristen, die herrschende Klasse müßte sie erfinden. Das klingt wie ein übler Scherz, ist aber keiner. Denn auch das zeigen die Lehren der Vergangenheit: Oft genug haben sich die Herrschenden anarchistische Aktionen selber inszeniert. Bismarck suchte einen Vorwand, die Sozialdemokratie zu verbieten, und fand ihn in den Schüssen des geistesgestörten Spitzels Hödel auf Kaiser Wilhelm I. Nach dem Muster dieses Sozialistengesetzes von 1878 wurden damals auch in Österreich sozialistische Arbeiterorganisationen verboten. Vorwand dafür waren wieder von eingeschleusten Polizeiagenten inspirierte Attentate. Und für die Nazis war der Reichstagsbrand, den sie selber gelegt hatten, das „Fanal" zur Unterdrückung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung.

Anarchistische Gewalttaten wurden und werden von den Herrschenden ausgenützt und oft selbst initiiert, weil sie bestens dazu herhalten können, um die Aufmerksamkeit der Massen von den Gewalttaten des kapitalistischen Systems abzulenken. Und weil sie als „Beweis" dafür herhalten sollen, daß jeder Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung „verbrecherisch" sei.

Das größte und blutigste Verbrechen ist jedoch die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems selbst. Geschichte und Gegenwart des Kapitalismus beweisen uns das unwiderlegbar. Denken wir an die beiden Weltkriege, die nichts anderes als das Resultat imperialistischer Konkurrenz waren und Millionen Tote gefordert haben. Denken wir an die zahllosen Gewalttaten der kapitalistischen „Ordnungskräfte" gegen die Völker der Welt: Juli 1927 und Februar 1934 in Österreich; Kolonialkriege gegen die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; griechischer, spanischer, portugiesischer und chilenischer Faschismus.

Eine nicht enden wollende Blutspur durchzieht die Geschichte bis in unsere Tage. Gegenwärtig erleben wir das fieberhafte Wettrüsten der beiden Supermächte Amerika und Rußland, das planmäßig die größte kriegerische Auseinandersetzung der Weltgeschichte vorbereitet. Der wahre „Terror" liegt im kapitalistischen Profitsystem. Der wahre „Antiterrorismus" kann daher nur der Kampf gegen den Kapitalismus sein. •

Das Märchen vom „unkündbaren Nichtstuer"

Pragmatisierung

Politiker, Gewerkschaftsführer und natürlich auch die Massenmedien lassen nichts unversucht, um die verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen gegeneinander auszuspielen. Ein „Dauerbrenner" ist dabei die Pragmatisierung im öffentlichen Dienst. Immer wenn z. B. die öffentlich Bediensteten höhere Löhne und Gehälter verlangen, wird sofort die Schnurre von den „unkündbaren Nichtstuern" abgespult, als ob alle öffentlichen Bediensteten Hofräte wären. So soll schon von vornherein verhindert werden, daß die Lohnabhängigen erkennen, daß sie alle – ob nun im öffentlichen Dienst oder nicht – gemeinsame Interessen haben und daß ihre wichtigste Waffe die Solidarität ist.

Manche Werktätige glauben freilich, daß die Pragmatisierten so riesige Begünstigungen hätten. Nehmen wir einen Beamten, der selbstverständlich immer das tut, was ihm angeschafft wird und auch nie öffentlich an seinem Dienstgeber, wie Bund, Gemeinde usw. Kritik übt – das wäre nämlich trotz Pragmatisierung ein Kündigungsgrund. Diesem Beamten ist eines sicher, nämlich daß er jeden Tag zur Arbeit gehen kann und dort arbeiten darf. Was ihm nicht immer sicher ist, ist freilich, ob er auch sein ihm zustehendes Gehalt bekommt.

Das weiß ich nicht nur aus Erzählungen von älteren Kollegen, die Zeiten miterlebt haben, wo sie ein paar Monate kein Gehalt bekamen, weil der Staat kein Geld hatte. Das erfuhr ich in Ansätzen an mir selber: Anläßlich der nicht sehr ergiebigen Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst wiesen uns unsere „Oberen" zurecht, wir sollten doch froh sein, denn wir müßten wenigstens nicht um unsere Arbeitsplätze zittern. Neuerdings ist im Gespräch, daß uns eben diese Gehaltserhöhung nicht wie vereinbart am 1. Jänner, sondern erst im März ausbezahlt werden soll.

Sicherer Arbeitsplatz gut und schön; nur gehen die meisten Leute, die ich kenne, arbeiten, damit sie leben können. Das Wissen um den Umstand, daß man nur sehr schwer gekündigt werden kann, allein, hat noch niemanden satt gemacht. Auch nicht die Aussicht auf eine noch so gute Pension, die man ja auch erst erleben muß.

Ich weiß, daß die „Beamten" unter der Bevölkerung nicht unbedingt beliebt sind, worin sich zeigt, daß die Spaltungshetze der Herrschenden Wirkung hat. Ich weiß auch, daß daran die Pragmatisierten nicht ganz unschuldig sind. Oft genug haben sie die „Sicherheit" ihres Arbeitsplatzes gegen den notwendigen Kampf vom Klassenstandpunkt aus eingetauscht. Das zeigt, daß die Herstellung einer Einheitsfront „Pragmatisierte"–„normale" arbeitende Menschen nicht leicht ist. Sie ist aber notwendig.

Kämpfen wir dafür, daß alle arbeitenden Menschen „pragmatisiert" werden. Wenn die Kapitalisten keine Macht mehr haben, sondern die Werktätigen ihr Schicksal selbst bestimmen, ist das Recht auf Arbeit selbstverständlich und wirklich garantiert. •